



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 11. November 2019,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

37. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.14 Uhr.
Ende der Sitzung: 16.31 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 36. Sitzung des Gemeinderates vom 14.10.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 29.10.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Danke der Faschingsgilde für die Darbietungen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Ersatz für Schülerlotsen
Verf-015-I-32-2019

Bgm. Dr. Rabl: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.
2. Der Magistrat der Stadt Wels wird aufgefordert, so rasch als möglich Ersatz für die per Anfang November weggefallenen Schülerlotsen zu bieten, welche bisher durch Zivildienstler der Polizei gestellt wurden. Gleichzeitig möge die ehrenamtlich aufgestellte Schulwegpolizei – wie etwa durch regelmäßige Bewerbung im Amtsblatt – besser unterstützt werden.

Begründung:

Trotzdem Kinder vom Vertrauensgrundsatz ausgenommen sind, werden sie im Straßenverkehr oft überschätzt. Speziell für Schulanfängerinnen und Schulanfänger stellt der Schul- oder speziell der Hortweg zu Mittag noch eine besondere Herausforderung dar und kann ein hohes Risiko für die Kinder bedeuten. Dies belegen Statistiken des ÖAMTC: von 2017 auf 2018 stieg die Zahl der Schulwegunfälle um 20 %, von den 2018 österreichweit 570 Schulwegunfällen ereigneten sich 107 im Bundesland Oberösterreich. Ein besonderer Konfliktherd ist dem ÖAMTC zufolge auch der „ungeregelte“ Schutzweg (nur durch Zebrastrifen und Verkehrszeichen markiert). Hier haben FußgängerInnen zwar prinzipiell Vortritt, doch insbesondere für VolksschülerInnen ist die Situation schwer einzuschätzen; zusätzlich bremsen LenkerInnen (Auto, Motorrad, Fahrrad) teilweise zu spät.

Der Magistrat der Stadt Wels wird aufgefordert in seiner Gesamtheit sein Möglichstes zu unternehmen, um Straßen mit Gefahrenpotential für die Kinder sowohl zu Unterrichtsbeginn als auch zu Unterrichtsende bestmöglich abzusichern, weshalb wir hier einen Schulerschluss aller Fraktionen anstreben, um gemeinsam so rasch als möglich potentiell gefährliche Straßenübergänge für die Kinder absichern zu können.

Da die Schulwegpolizei Wels einen außerordentlich lobenswerten und österreichweit sehr seltenen Dienst für unsere Kinder leistet, muss es uns ein besonderes Anliegen sein dies entsprechend zu würdigen und zu unterstützen.

Dazu liegt ein Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Der Antrag soll im Absatz 2. abgeändert werden wie folgt:

Der zuständige Verkehrsstadtrat wird aufgefordert, so rasch als möglich für die wegfallenden Schülerlotsen Ersatz zu bieten, die bisher durch Zivildienstler der Polizei gestellt werden. Gleichzeitig möge die ehrenamtlich aufgestellte Schulwegpolizei medial besser unterstützt werden.

Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

Nachdem keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit abgegeben werden, wird über die Dringlichkeit des Antrages abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf sie jetzt ersuchen sich von den Plätzen zu erheben.

Wie sie wissen, fand am 11.11.2000 die Katastrophe von Kaprun statt. Eine Katastrophe, von der die Stadt Wels massiv betroffen war mit 32 Opfern, 13 davon aus dem Bereich des Magistrates der Stadt Wels. Ungefähr um 14.00 Uhr langten die ersten Meldungen über dieses große Unglück bei uns ein. Der Magistrat hat in der Folge beschlossen einen Katastrophenhilfsdienst einzurichten, um nicht nur die Angehörigen zu betreuen, sondern die weitere Abwicklung überhaupt zu koordinieren und auch die Öffentlichkeit darüber informiert zu halten.

Diese Katastrophe hinterließ am Magistrat Wels eine riesengroße Lücke. Sie führte zu ganz schweren Stunden für das Haus, zu ganz schweren Stunden für die Angehörigen. Es gab viele Freunde, die heute noch ihren Dienst im Haus versehen und sich mit Schrecken an dieses unsagbar traurige Ereignis erinnern. Ich glaube daher, dass wir uns immer wieder dieses tragische Ereignis in Erinnerung rufen sollten. Ich ersuche sie um eine kurze Schweigeminute. Danke sehr!

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Julia Stabl, Wels, Pfarrgasse 12;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-13-2019

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung in Finanz- und Präsidialausschuss am 25.10.2019:

Frau Julia Stabl wird in Würdigung ihrer Verdienst um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels abgeändert wird
(7. Novelle der GOST)
Verf-015-W-22-2019

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung in Finanz- und Präsidialausschuss am 25.10.2019:

Aus den angeführten Gründen wird beantragt, der Gemeinderat möge die beiliegende 7. Novelle der Geschäftsordnung für den Stadtsenat der Stadt Wels (7. Novelle der GOST) beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

StS-Kreditoperation gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/021

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung in Finanz- und Präsidialausschuss am 25.10.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen

GR. Wiesinger: Die Tagesordnungspunkte betreffend Kreditoperationen werden oft schnell beschlossen, aber es lohnt sich doch im Detail hinzusehen, denn gerade mit diesem TOP wird etwas sehr Wichtiges für die Welser Bevölkerung beschlossen. Und zwar wird die Bushaltestelle Kaiser-Josef-Platz 35, welche vor einigen Monaten wegen Nichtentsprechung der Bestimmungen des Landes Oberösterreich stillgelegt wurde, wieder errichtet. Gerade für die Benutzer der Linie Vogelweide ist die Haltestelle sehr wichtig, sie müssten sonst ziemlich weit zum Marktgelände gehen. Solche Beschlüsse sind sicher erwähnenswert.

Bgm. Dr. Rabl: Markus, du hast völlig Recht. Es gibt sehr viele wichtige Finanzbeschlüsse, die in diesen Anträgen enthalten sind. Die Haltestelle Kaiser-Josef-Platz ist nur einer von vielen, wobei man bei dieser Haltestelle merkt, dass es auch hier Anrainerproteste gibt. Nicht jeder ist glücklich mit dieser neuen Bushaltestelle. Trotzdem halten wir die Herstellung der Haltestelle für notwendig. Der Interessensausgleich zugunsten der Bürger verlangte diese Entscheidung.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

4.)

GR-Kreditoperation gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/022

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung in Finanz- und Präsidentalausschuss am 5.10.2019:

Die beantragten Kreditübertragung (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

GR. Mag. Teubl: In diesem Finanzierungsbeschluss ist der Sprungturm für das Welldorado enthalten. Warum muss dieser Beschluss jetzt gefällt werden? Kann dieser nicht über das kommende Budget abgewickelt werden?

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Fragen. Zur Erläuterung: Die Auftragsabwicklung und die Beauftragung müssen jetzt erfolgen. Wenn eine Beauftragung ohne Vorlage eines entsprechenden Finanzierungsbeschlusses erfolgt, ist das unzulässig, weshalb wir auf das Budget 2020/2021 nicht warten können. Hintergrund ist ebenfalls, dass der Sprungturm bis zur Eröffnung des Freibades im Mai fertig sein muss und sich das womöglich zeitlich nicht ausgeht.

Glauben sie mir, auch mir wäre es lieber gewesen die Angelegenheit im Rahmen des Budgets abzuwickeln, aber dazu sind die Vorlaufzeiten doch zu kurz. Deswegen spielt dieses eine Monat in Wirklichkeit eine große Rolle. Das ist der Grund für die Erledigung auf diese Art und Weise.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Feuerwehr-Tarifordnung 2017 abgeändert wird (1. Novelle zur Feuerwehr-Tarifordnung 2017)
SB-FW-15-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations-, und Sportausschuss am 28.10.2019, der Gemeinderat möge die beiliegende 1. Novelle zur Feuerwehr-Tarifordnung 2017 beschließen.

Einstimmig eingenommen

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der Entgelte für kostenpflichtige Einsatzleistung und Beistellungen von Geräten der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels festgelegt werden (Feuerwehr-Gebührenordnung 2019)
SB-FW-15-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.10.2019, der Gemeinderat möge die beiliegende Feuerwehr-Gebührenordnung 2019 samt Anlage 1 zur Feuerwehr-Gebührenordnung 2019 beschließen.

GR. Weidinger: Die ÖVP-Fraktion nimmt diese Tagesordnungspunkte zum Anlass, um sich bei Herrn Branddirektor Ing. Franz Humer zu bedanken. Danke im Namen der ÖVP für die geleistete Arbeit. Bitte das an die Kameraden weiterzugeben.

Es ist mir aus beruflichen Gründen ein besonderes Bedürfnis sich dafür ordentlich zu bedanken. Wir haben die beste Feuerwehr in ganz Österreich, sie ist sehr professionell aufgestellt. Die Abhaltung des Konzertes der Böhse Onkelz war nur möglich, weil die Feuerwehr sehr professionell arbeitet.

Vergangenes Wochenende war wiederum eine große Übung. Es zeigte sich, dass die Feuerwehr, das Rote Kreuz und die Exekutive sehr gut zusammenarbeiten. Es ist immer wieder feststellbar wie professionell bei allen Blaulichtorganisationen gearbeitet wird. Danke lieber Franz!

GR. Mag. Humer: Danke lieber Franz für eure tollen Leistungen. Die besonders lobenden Worte erwähnen wir ja immer bei den Tätigkeitsberichten der Feuerwehren.

GR. Schäfer, BSc: Die FPÖ-Fraktion wartete bewusst, um als letzte Fraktion die dankenden Worte an die Welser Feuerwehr auszusprechen. Bitte das Lob an die Kameraden weitergeben. Ihr macht tolle Arbeit – bitte weiter so!

GR. Mag. Teubl: Im Namen der GRÜNE-Fraktion schließe ich mich allen meinen Vorrednern vollinhaltlich an.

Bgm. Dr. Rabl: Nachdem GR. Hufnagl heute fehlt, bin ich mir sicher er würde sich auch anschließen, genauso wie sich die Stadt Wels, der gesamte Stadtsenat, die Stadtregierung, der Bürgermeister und auch die Beamtenschaft dieser Danksagung anschließt.

Vzbgm. Kroiß: Lieber Franz, herzlich Willkommen. Es wurden bereits alle Dankesworte gesprochen. Auch ich kann mich nur anschließen. Wir sind stolz und froh die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels zu haben.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

7.)

Welldorado – Freibad; Ersatzbauwerk Sprungturm;
Totalübernehmer – Auftragsvergabe an die Firma K. & J. Weixelbaumer,
Baumeister Betriebs-GmbH
BK-Fzb-51-2019
miterledigt: SD-TFM-1016-2019

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.10.2019:

1. Beiliegendes Auftragschreiben „Entwurf Zuschlagerteilung“ (Beilage 2) betreffend Totalübernehmerleistungen Welldorado Sprungturm an die Firma K. & J.

Weixelbaumer Baumeister Betriebs-GmbH, Wels, Hans-Piber-Straße 5, mit einer Auftragssumme von € 373.065,-- zzgl. 20 % MwSt. wird beschlossen.

2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um 10 % zu überschreiten
3. Beiliegender Vertrag (Beilage 1) betreffend Totalübernehmerleistungen Welldorado Sprungturm in Wels, Rosenauer Straße 70, mit der Firma K. & J. Weixelbaumer Baumeister Betriebs-GmbH, Wels, Hans-Piber-Straße 5, mit einer Auftragssumme von € 373.065,-- zzgl. 20 % MwSt. wird beschlossen.

GR. Kroiß: Als langjähriges Mitglied des Welser Turnvereines, Sektion Schwimmen, besuchte ich jahrzehntelang sämtliche Freibäder, Hallenbäder, Sportbecken in ganz Österreich. Eines war immer sehr auffallend – ein 10 m Springturm. Die Jugendlichen waren nicht daran interessiert ob sog. „Sportstars“ anwesend waren, sondern nur ob ein 10 m Sprungturm vorhanden ist, mit dem sie „ihren Mut erprobten“.

Ich hoffe sie unterstützen uns bei diesem Antrag und freue mich schon auf eine gemeinsame Besichtigung – hoffentlich in Badekleidung im Mai bei Schönwetter!

GR. Mag. Humer: Ich kann mich nur meiner Vorrednerin anschließen. Dieser Turm ist 57 Jahre alt. Das ist eine lange Zeit. Es gibt nicht mehr viele Städte in Oberösterreich, die einen 10 m Sprungturm haben. Ich glaube nur mehr im Linzer Parkbad und eben in Wels. Es ist eine große Summe, die wir hier bewegen; aber sieht man sich die Lebenszeit eines solchen Turms an, wird die Summe schon geringer. Es ist eine sinnvolle Investition.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die positiven Worte. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

8.)

Abschluss des Folge-Vertrages zum Betrieb der
„Integrierte Versorgung Demenz in OÖ“ –
Demenzberatung der Stadt Wels im Jahr 2019
SO-SenB-100000-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Generationsausschluss am 22.10.2019:

Der Gemeinderat möge beiliegenden Vertrag „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ“ – Vertrag Demenzberatungsstelle Stadt Wels zwischen der Stadt Wels und der OÖ Gebietskrankenkasse, 4020 Linz, Gruberstraße 77, (Beilage 1) und die Beilage 2 IVD-Feinkonzept, Version August 2013, beschließen.

Einstimmig eingenommen.

9.)

Abschluss des Folge-Vertrages zum Betrieb der „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ“ Demenzservicestelle der Stadt Wels im Jahr 2020
SO-SenB-100000-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Generationsausschluss am 22.10.2019

Der Gemeinderat möge den beiliegenden Vertrag zum Betrieb der Demenzangebote im Rahmen der „Integrierte Versorgung Demenz in Oberösterreich“ zwischen der Stadt Wels und der OÖ Gebietskrankenkasse, 4020 Linz, Gruberstraße 77, (Beilage 1) und die Zielvereinbarung 2020 zum Vertrag „Integrierte Versorgung Demenz in Oberösterreich“ (IDV) zum Betrieb der extramuralen Demenzangebote in OÖ der Stadt Wels, Stadtplatz 1, (Beilage 2), beschließen.

GR. Hacker: Der uns vorliegende Folgevertrag zum Betrieb der Integrierten Versorgung Demenz in Oberösterreich hat eine besondere Wichtigkeit. Die Diagnose Demenz löst bei Betroffenen und deren Angehörigen unglaubliche Ängste und Unsicherheiten aus und wirft natürlich viele Fragen auf. Bei Erkennen erster Anzeichen sollten Betroffene und Angehörige rasch eine kompetente Beratung und eine strukturierte Betreuung erhalten.

In der Demenzberatungsstelle beantworten Experten in einem verständnisvollen Umfeld Fragen zur aktuellen Situation. Pflegende Angehörige werden im Umgang mit dem Erkrankten professionell geschult. Durch ein gezieltes, dem Krankheitsverlauf angepasstes Training verzögert sich der Krankheitsverlauf. Diese Maßnahmen helfen sich der Erkrankung zu stellen und den Verlauf positiv zu beeinflussen. Das Ziel ist die Lebensqualität von Betroffenen und für ihr gesamtes Umfeld merklich zu verbessern.

Meine Damen und Herren, basierend auf den Erfahrungswerten der letzten Jahre wird in der Zielvereinbarung davon ausgegangen, dass die Demenzberatungsstelle der Stadt Wels 288 aktive Klienten betreut und eine Trainingsquote von 24,65 % erreicht. Neu ist allerdings, dass Trainingsklienten pro Trainingseinheit einen Betrag von € 15,- bezahlen bzw. bei Fehlen von finanziellen Mittel sich der Betrag auf € 7,- reduziert. Weiters besteht jetzt auch die Möglichkeit die Rückerstattung der Transportkosten zu beantragen.

Erfreulich ist, dass das Projekt unter dem Motto „Demenz kennen, ansprechen und handeln“ bereits auf ganz Oberösterreich ausgerollt wurde und 11 Demenzberatungsstellen, gegliedert in Haupt- und Nebenstellen, geschaffen werden. Uns allen ist es besonders wichtig Menschen mit Demenz nicht zu stigmatisieren sondern ihnen so lange wie möglich ein qualitativvolles Leben in der Mitte unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

StR. Josseck-Herdt: Danke, liebe Tina Hacker, für deine Darlegung des Problems und des Amtsberichtes. Ich kann das nur unterstreichen. Wir hatten auch in der LIVE-Messe einen Beratungsstand – die Demenzberatung der Stadt Wels. Er wurde sehr gut angenommen, das Interesse ist sehr groß, die Menschen sind sensibilisiert und wir haben auch großen Zuspruch bei den Vorträgen zur Information und Unterstützung für Angehörige. Es wurden zwei Termine ausgeschrieben. Beim ersten Termin meldeten sich bereits sehr viele Interessenten, sodass auch der zweite Termin für die Angehörigen ausgebucht ist. Ich bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

10.)

Umweltticket Wels; Subventionsvereinbarung;
Auflösung des Vertrages mit der Firma SAB TOURS GmbH
und Neuvereinbarung mit der Wels Linien GmbH
BauD-VP-DZ-68-2013
miterledigt: VP-311-03-1-2019

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 21.10.2019:

1. Die Abänderungen und vorzeitige Auflösung der Vereinbarung Umweltticket (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und der SAB-TOURS Reisebüro und Autobusbetrieb Gesellschaft m.b.H., Wels, Marcusstraße 4, und
2. die Vereinbarung „Umweltticket für WelserInnen“ (Beilage 2) zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, und der WELS LINIEN GmbH, Stelzhamerstraße 27,

werden beschlossen.

GR. Mag. Teubl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion steht natürlich hinter dieser Verlängerung des Umwelttickets, die u.a. auch notwendig wurde durch die Übergabe des Welser Linienverkehrs an die WELS LINIEN GmbH.

Aber wir haben doch einige Kritikpunkte:

Ein Kritikpunkt ist, dass offensichtlich der im Gemeinderat seinerzeit auf Antrag der GRÜNEN beschlossene Preis für diese Jahreskarte von € 250,-- ursprünglich nicht der Valuisierung unterlegen ist und dass wir der Meinung sind, man hätte eigentlich - um den Verkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern – beim Preis möglichst niedrig bleiben sollen. Jetzt zum zweiten Mal um € 5,-- den Ticketpreis zu erhöhen halte ich nicht unbedingt für die richtige Maßnahme angesichts der Tatsache, dass wir den Individualverkehr in der Stadt reduzieren wollen.

Der zweite Einwand, den ich dazu anzubringen hätte, ist der, den wir bereits seinerzeit hatten, nämlich diese Beschränkung auf die Welser. Wenn jemand ein Umweltticket erwerben will und damit kundtut, dass er das ganze Jahr über in Wels den Busverkehr nutzt, dann ist das auf jeden Fall jemand, der in Wels einen Teil seines Lebensmittelpunktes hat. Der hier z.B. arbeitet, ein Pendler, der am Bahnhof ankommt und in das Industriegebiet fahren möchte mit den Welser Bussen. Warum man diese Personen von der Möglichkeit einer ermäßigten Jahreskarte ausnehmen will, ist unschlicht und ergreifend schleierhaft. Denn die Intention des Ganzen, wir wollen den motorisierten Individualverkehr reduzieren, würde natürlich auch auf Pendler zutreffen. Wenn die Pendler in Wels mit dem Bus weiterfahren wollen und eine relativ teure Jahreskarte um mehr als € 400,-- lösen müssen, dann erreichen wir vielleicht doch wieder das Gegenteil von dem was wir wollen, nämlich dass sie mit dem Auto anfahren und dementsprechend werden unsere Straßen wieder mit mehr Autos benutzt.

Deshalb wäre unseres Erachtens die Überlegung tatsächlich anzustellen, ob es nicht einfach unabhängig vom Wohnsitz für alle möglich sein soll ein solches Umweltticket zu erwerben.

GR. Weidinger: Es wurden zwei Dinge angesprochen, und zwar warum es nicht möglich ist für Wohnsitznehmer aus den Umlandgemeinden dieses Umweltticket zu erwerben. Aus einem ganz besonderen Grund. Wir sind der Welser Gemeinderat und wir sind den Welsern verpflichtet. Sollte es für die Umlandgemeinden interessant sein, dann müssten wir beim Land Oberösterreich etwas erreichen bzw. mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden Kontakt aufnehmen, ob sie etwas beisteuern können.

Im Ausschuss haben wir bereits besprochen, dass eine Preiserhöhung um € 5,-- sehr angemessen ist. In den letzten Jahren gab es ja keine Erhöhung. Wegen € 5,-- wird sicher niemand wieder auf das Auto umsteigen. Allgemein gesehen ist das Umweltticket ein super Angebot für die Welser. Hier zeigt es sich auch, dass der Welser Gemeinderat zum Klimaschutz sehr viel beitragen kann.

GR. Ganzert: Lieber Klaus, eine großes Dankeschön. Es ist bereits das zweite Mal in deiner Periode als Verkehrsreferent, dass es dir gelingt dieses Umweltticket zu verlängern und für die nächsten Jahre abzusichern. Mein Dank gilt auch der Dst. Stadtentwicklung, vor allem dem Kollegen DI. Doblhammer. Ganz wichtig ist – das kommt in der Diskussion gar nicht so hervor – die Attraktivierung der Leistbarkeit dieses Tickets. € 255,-- haben oder nicht haben ist für viele Personen ein entscheidender Faktor.

Personen, die bisher diese Gelegenheit nutzten, mussten gleich zu Beginn mit € 255,-- bei der Firma SABTOURS an der Kassa stehen. Eine echte Erleichterung ist jetzt die monatliche Bezahlung des Tickets. Das lässt auch darauf schließen, dass in Zukunft der Bezieherkreis erweitert wird.

Lieber Walter, wir diskutierten im Ausschuss darüber ausführlich. Es gab einen einstimmigen Beschluss (die GRÜNEN sind nur mit beratender Stimme vertreten) dazu. Die heutige Diskussion im Gemeinderat sehe ich als Auftrag für den Verkehrsreferenten in Zukunft genau zu evaluieren, vielleicht auch mitzuschreiben, ob es Interessenten eines anderen Bezieherkreises gibt. Ich stoße hier ins gleiche Horn wie der Kollege der ÖVP – das muss auch jemand bezahlen. Wenn es Mittel und Wege gibt (Bundes-, Landesmittel oder andere), dass andere Institutionen einen Beitrag leisten, dann ist das sicherlich ein denkwürdiger Ansatz. Nur herzugehen und einzuladen als Vorbildwirkung allen Bürgern dieses Umweltticket zu diesen Konditionen zu geben, halte ich auch nicht für richtig.

Der Preis gehört in den nächsten Jahren wieder evaluiert. Wir haben den Preis des Umwelttickets ja bereits einmal von € 250,-- auf € 255,-- erhöht. Damals habe ich weder einen Aufschrei der Bezieher noch der Gemeinderatsmitglieder vernommen.

GR. Mag. Teubl: Eine kleine Replik an Kollegen Weidinger sei mir gestattet. Es kommt darauf an, wie man dieses Umweltticket einschätzt. Schätzt man es ein als ein Geschenk, welches der Gemeinderat oder der Bürgermeister an die Bewohner der Stadt Wels macht, dann magst du Recht haben. Wenn man es einschätzt als eine Maßnahme zur Umsteuerung des Verkehrsverhaltens, dann glaube ich hast du nicht Recht. Denn dann geht es darum, dass möglichst viele Menschen, ganz egal ob diese Welsler sind oder nicht, in Wels statt mit dem Auto mit dem Bus zu fahren. Dann müsste hier doch dieser Gedanke nicht so absurd erscheinen. Denn mit demselben Argument, welches du jetzt brachtest, könnte man auch sagen, die Stadt Wels zahlt die Gemeindestraßen, also dürfen nur die Welsler darauf fahren und die Auswärtigen müssen zahlen. Das wollen wir alle nicht, deshalb wäre es schon sinnvoll sich das noch einmal zu überlegen.

GR. Schiefermayr: Diese Diskussion möchte ich jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen. Wir finden den Preis von € 255,-- absolut fair, gerade wenn man den Umweltschutzgedanken auch ins Treffen bringt. In Wien kostet das Ticket € 365,-- - das kostet mehr, kann vielleicht auch mehr, ok. Aber natürlich muss man schon dazu sagen, dass die Stadt Wels für das Umweltticket über € 200,-- „zuschießt“. Würden auswärtige Benutzer berücksichtigt, ergäbe das astronomische Summen. Diese sollten nur den Welslern zugutekommen.

StR. Hoflehner: Danke Stefan, aber zu viel des Lobes! Die meiste Arbeit hatten tatsächlich die Kollegen des Hauses. Nach Anlassfall war das nicht so ganz einfach, durch die Änderung der Gesellschaftsform waren mehrere Dienststellen bzw. Mitarbeiter eingebunden. Danke und ein großes Lob an die Mitarbeiter.

Die gebrachten Argumente finde ich nicht absurd, weder die des Kollegen GR. Mag. Teubl, noch die des Kollegen GR. Weidinger. In welche Richtung wollen wir uns bewegen? Das sollten wir in nächster Zeit entscheiden. Im Moment sind es prinzipielle Fragen, die geklärt werden müssen. Es geht um unterschiedliche Positionen – wir müssen die Zielfrage tatsächlich klären.

Ansonsten bedanke ich mich. Es gibt im Leben eines Verkehrsreferenten nicht so oft Situationen, wo dermaßen in eine generelle Richtung mit unterschiedlichen Argumenten etc. gearbeitet wird. Ich bedanke mich auch bei den Kollegen des Ausschusses. Bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig eingenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft und ich nehme diese wunderbare Gelegenheit vor dem Dringlichkeitsantrag wahr unserer Gemeinderätin Mag. Sabine Brenner-Nerat zum morgigen Geburtstag zu gratulieren. Alles Gute – Herzliche Gratulation!

Den erkrankten Gemeinderatskollegen wünsche ich an dieser Stelle vom gesamten Gemeinderat gute Besserung. Ich gehe davon aus, dass sie diese Sitzung verfolgen.

Jetzt kommen wir zum Dringlichkeitsantrag. Dieser wurde schon verlesen, die Dringlichkeit zuerkannt und ich ersuche in die folgende Debatte den Abänderungsantrag miteinzubeziehen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Ersatz für Schülerlotsen
Verf-015-I-32-2019

GR. Mag. Schindler: Vielen Dank für die Zuerkennung der Dringlichkeit. Wie uns Ende Oktober bekanntgegeben wurde, können durch den Wegfall von Zivildienern bei der Polizei Wels seit Anfang November mindestens zwei unregelmäßige Straßenübergänge bei den Welser Volksschulen zur Mittagszeit nicht mehr durch Schülerlotsen abgesichert werden. Zum einen ist es der Übergang bei der Volksschule 6 in der Neustadt auf der Eferdinger Straße und zum anderen der Übergang bei den Vogelweider Volksschulen auf der Porzellangasse. Laut kurzfristiger Info betroffener Eltern sind Schülerlotsen beim Übergang auf der Eferdinger Straße zu Mittag wieder anwesend. Es ist uns aber nicht erkenntlich gemacht worden, ob dies eine langfristige Lösung ist. Der Übergang in der Porzellangasse ist nach wie vor ungesichert.

Speziell Schulanfänger lernen noch mit den Herausforderungen des Schul- bzw. Hortweges umzugehen. Nun mögen viele von ihnen vielleicht sagen, dass früher bereits viel jüngere Kinder alleine den Schulweg meistern mussten. Das kann ich nur bejahen, denn auch ich selbst war ab der ersten Schulwoche auf einem Weg von 30 Minuten alleine unterwegs. Aber fast 40 Jahre später hat sich der Verkehr vor allem in einer Großstadt und vor allem in der Früh rund um die Schulen vervielfacht.

Es ist auch für mich oft unbegreiflich wie viele Autos sich morgens um halb acht vor der Schule meiner Tochter tummeln oder auch vor dem Kindergarten. Deshalb finde ich es wichtig, dass Kinder nach Möglichkeit zu Fuß zur Schule gehen. Dadurch haben sie morgens die nötige Bewegung. Auch wenn es den meisten Eltern ein wichtiges Anliegen

ist die Kinder für den Schul- und Hortweg so fit wie möglich zu machen und sie auf alle Gefahrensituationen vorzubereiten, hat es schon seinen Grund, dass Kinder vom Vertrauensgrundsatz im Verkehr ausgenommen sind. Kinder haben ein anderes Sichtfeld als Erwachsene, haben andere Reaktionszeiten, sind oft leicht ablenkbar und können insgesamt Gefahren noch nicht richtig einschätzen.

Statistiken des ÖAMTC zeigen auf, dass die Zahl der Schulwegunfälle von 2017 auf 2018 österreichweit um 20 % gestiegen ist. Von den 2018 österreichweit 570 Schulwegunfällen ereigneten sich 107 in Oberösterreich. Das ist fast ein Fünftel aller österreichweiten Schulwegunfälle. Insgesamt gesehen waren bei fast jedem zweiten Schulwegunfall die Kinder zu Fuß unterwegs. Ein weiterer Konfliktherd ist laut ÖAMTC der unregelmäßige Schutzweg, also wo Zebrastreifen und Verkehrszeichen die einzige sichtbare Markierung sind. Hier haben Fußgänger zwar prinzipiell den Vortritt, doch insbesondere für Volksschüler ist diese Situation oft schwierig einzuschätzen. Zusätzlich bremsen Lenker von Autos, Motorrädern oder Fahrrädern teilweise zu spät. Da dies speziell der Welser Polizei bereits bewusst erscheint, werden Schulanfänger bereits im Kindergarten auf das Thema Verkehr vorbereitet, auch zu Schulbeginn in den Volksschulen besucht und mit hilfreichen Utensilien (z. B. Reflektoren) ausgestattet.

Unser Dank an dieser Stelle gilt besonders Herrn Thaler von der Welser Polizei, der dies auch meiner Tochter auf großartige und prägnante Weise näher brachte. Wir hoffen sehr, dass nach seiner Pensionierung jemand gefunden wird, der mit den Kindern genauso toll umgehen kann.

Warum möchten wir den Magistrat der Stadt Wels damit beauftragen einen Ersatz für die Schülerlotsen zu finden? Es ist uns klar, dass der Bereich der Schülerlotsen unserem Verkehrsreferenten StR. Klaus Hoflehner zugeordnet ist. Er hat sich bereits in direkten Gesprächen mit den Elternvertretern der VS 6 sowie der Schulwegpolizei getroffen und lässt prüfen, wie eine weitere Entschärfung erfolgen kann. Aber de facto ist es so, dass ganz rasch für die wegfallenden Schülerlotsen Ersatz gefunden werden muss. Das wird vorwiegend nur dann erzielt, wenn alle an einem Strang ziehen und gemeinsam auf eine Lösung hinarbeiten – eben mit einem Schulterschluss aller Fraktionen.

Welche Lösungsmöglichkeiten sehen wir? Durch die Ansiedlung der Polizeiwache auf dem Kaiser-Josef-Platz sollte die Ordnungswache der Stadt Wels ja wieder einen Teil ihrer Kapazitäten frei bekommen. Schließlich war es eines der Argumente für die Ordnungswache, dass der Kaiser-Josef-Platz mit deren Präsenz besser abgesichert werden soll. Insofern könnten wir uns vorstellen, dass Mitarbeiter der Ordnungswache z. B. die Dienste der Zivildienstler der Polizei hier übernehmen könnten. Diese Angelegenheit fällt eindeutig nicht in den Bereich des Verkehrsreferenten. Es könnten auch die Polizeischüler gefragt werden, ob sie bei diesem wichtigen Dienst für unsere Kinder nicht mithelfen möchten und somit bereits einen wichtigen Aspekt ihrer künftigen Tätigkeit besser kennenlernen könnten - die Sicherung unserer Straßen für unsere Kinder. Es könnten auch Anreize für Magistratsbedienstete gesetzt werden, damit diese eventuell Schülerlotsendienste übernehmen. Das fällt eindeutig in die Zuständigkeit unseres Bürgermeisters und Personalreferenten.

Auch stellen wir uns eine bessere und optimalere Unterstützung der Welser Schulwegpolizei vor. Die Schulwegpolizei leistet unter Obmann Ernst Plamberger einen besonderen Dienst für unsere Kinder und sichert viele Schulwege in der Stadt mit über

achtzig Ehrenamtlichen. Vielen, vielen herzlichen Dank an dieser Stelle für diesen besonderen und wichtigen Einsatz. Damit dieser Dienst aufrechterhalten werden kann, braucht es laufend Unterstützung, einerseits finanzielle und andererseits um überhaupt auf ihre Dienste besser aufmerksam zu machen und Ehrenamtliche zu gewinnen. Beide Bereiche fallen eindeutig ebenfalls in die Zuständigkeit unseres Bürgermeisters.

Nachdem es auch einige Übergänge mit mehr Gefahrenpotenzial für Schul- und Hortkinder gibt als die, um die es heute geht, ist auch StR. Lehner gefragt, in dessen Zuständigkeit z. B. der Bereich von Lichtsignalanlagen für Übergänge fällt. Zuletzt möchte ich unseren GR-Kollegen Weidinger bitten, hier auch in seiner beruflichen Rolle im Verkehrsreferat der Polizei Wels dieses Thema bestmöglich zu unterstützen.

Sie sehen also, unser Antrag auf raschesten Ersatz für die wegfallenden Schülerlotsen bzw. eine weitere Absicherung von Übergängen mit Gefahrenpotenzial ist nicht nur eine Materie von einem Referenten, sondern braucht aufgrund seiner Dringlichkeit (wir haben immerhin schon den 11. November) einen breiten Schulterchluss aller Fraktionen. Deshalb bitte ich um Diskussion und nachfolgenden Beschluss.

Bgm. Dr. Rabl: Danke Frau Gemeinderätin auch für die Aufklärung der Zuständigkeiten in der Stadt Wels und ich übergebe das Wort an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Kroiß: Sehr geehrte Frau Kollegin Mag. Schindler! Vieles von ihnen Gesagte ist richtig und wichtig. Ich möchte großes Lob, Anerkennung und Dank den Personen der Schulwegsicherung – der Polizei, den Zivildienern, den Schülerlotsen der Schulen und der Schulwegpolizei – aussprechen. Herr Plamberger ist federführend dafür verantwortlich, dass diese Schulwegpolizei speziell in der Früh richtig eingesetzt wird.

Ich habe das Gefühl StR. Klaus Hoflehner macht so etwas wie Kindesweglegung. Zuständigkeit Ordnungswache: Vzbgm. Kroiß, Zuständigkeit alles andere: Bürgermeister. Aber dass er selbst einmal diese Dinge in die Hand nimmt und sagt, nach dem Produktkatalog ist die Schulwegsicherung und die Verkehrssicherheit meine Aufgabe, fehlt mir in dieser Diskussion ausführlich. Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht mir die Historie dazu ab, ob wir wirklich erst Ende Oktober davon erfuhren, dass die Zivildienere mit Anfang November auslaufen. Denn Zivildienere müssen zu einem bestimmten Datum kommen und man weiß, sie sind acht oder neun Monate später wieder weg. Daher kann das kein spontanes Ereignis gewesen sein.

Ich hätte mir schon erwartet uns vor Erstellung des Dringlichkeitsantrages zusammenzusetzen und nach einer Lösung zu suchen. Das wäre sinnvoller und schneller gegangen als mit einem Dringlichkeitsantrag. Die Durchführung der Schulwegsicherung ist wichtig und ich bin überzeugt davon, dass vorerst einmal mit der Polizei, mit dem Verkehrsreferenten, dem Stadtpolizeikommandanten oder mit der Behörde gesprochen werden muss, ob wir eine Chance auf mehr Zivildienere haben und warum genau dieser Schulwegsicherungsposten eingespart wurde. Bei Betrachtung der Schulwegsicherungshistorie in den frühen 80-er- oder 90-er-Jahren hatten wir zu Mittag 20 Schulwegsicherungsposten, die wegen verstärkter Verkehrsüberwachung durch die Polizei und durch Kreuzungsänderungen eingespart werden konnten. Darum muss auch darüber diskutiert werden, ob dieser Übergang überhaupt unbedingt notwendig ist oder kann etwas anderes gemacht werden, damit dieser Übergang tatsächlich sicher ist.

Es müsste auch das Argument der Schulwegunfälle angesehen werden. Hat es an der besagten Stelle in der Eferdinger Straße bei der VS 6 schon Unfälle gegeben? Kann hier baulich etwas für die Sicherheit verändert werden? Ich glaube in erster Linie ist StR. Hoflehner als Verkehrsreferent beim Thema Verkehrssicherheit und Schulwegsicherung gefordert, damit wir alle gemeinsam einen Schulerschluss für die Sicherheit unserer Kleinsten gewährleisten.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Richtigstellung: Für die Ampel- und Verkehrssicherungsanlagen ist in der Planung StR. Hoflehner zuständig, im Bau und in der Umsetzung dieser Planung StR. Lehner, damit diese Trennung scharf erfolgt.

StR. Hoflehner: Ich bin schon dankbar für gute Ratschläge. Meinen Ansatz dazu hat Frau GR. Mag. Schindler versucht zu erklären. Es gibt dazu zwei verschiedene Ansätze. Das eine ist die Schulwegsicherung – hier gebe ich dir Recht in der VS 6 in der Eferdinger Straße/Grieskirchner Straße. Dort haben wir uns unmittelbar mit der Obfrau des Elternvereins und der Direktorin zusammengesetzt und bauliche Maßnahmen geplant, welche wir erst im nächsten Jahr umsetzen können. Sofortmaßnahmen, wie die Erneuerung von Bodenmarkierungen, die Erneuerung von Piktogrammen und vor allem die Kennzeichnung in der Grieskirchner Straße habe ich veranlasst. Die Grieskirchner Straße ist eine sehr stark befahrene Straße mit Ampelregelung. Hier wird zu Mittag der Verkehr zwar mit einer Ampel geregelt, aber ohne zusätzliche Sicherung.

Ich stehe auch nicht an zu sagen, dass alle anderen Kollegen an diesem Thema interessiert sind und halte nichts davon, wenn wir alles hin und herschieben, uns gegenseitig beste Argumente liefern. Wir sollten etwas tun! Am 4. November habe ich bei einer Besprechung mit GR. Weidinger im Büro von Herrn Metesch davon erfahren. Damals war zumindest für mich noch nicht sicher, wie viele Zivildienstler es betrifft und wo das sein wird.

Die Schule in der Neustadt erhielt schon vorher diese Information. Wir sind dazu aufgerufen etwas zu tun. Permanent etwas zu tun! Es geht nicht nur darum den Schülerlotsendienst aufrecht zu erhalten. Die Bundespolizei kann nichts dafür, wenn sie zu spät informiert wird und sie weniger Zivildienstler bekommt. Das ist Faktum und dagegen kann nichts gemacht werden. Faktum ist aber auch, dass die Schulwegpolizei und andere nicht sofort einspringen können. Ich hätte gerne, dass das eine gemeinsame Sache wird und möchte nicht irgendwelche Empfehlungen hin- und herschieben und lade die Kollegen, welche für die Schulen zuständig sind, und den Sicherheitsreferenten dazu ein. Es gab eine Sitzung im September, bei der mehrere Verkehrs- und Sicherheitsthemen besprochen wurden.

Diese Situation ist aber relativ unmittelbar und deshalb müssen wir relativ unmittelbar reagieren. Ich habe vernommen, dass an manchen oder allen Übergängen die Bundespolizei diese Schulwegsicherung übernimmt. Wir werden uns darum kümmern müssen. Ich zuvorderst und nehme diesen Auftrag gerne an. Im Wesentlichen geht es um Volksschüler - diese können die Schulwegsicherung nicht selber machen. Ich hoffe auf dementsprechende Unterstützung, um das Problem zu lösen.

Mir hat der Kommentar von dir in der Kronen Zeitung „das werden wir schon lösen“ sehr gut gefallen, denn ich bin der gleichen Meinung. Die Frage der Schülerlotsen sollten wir relativ unmittelbar lösen, alles andere werden wir – so wie bisher – gemeinsam lösen. Ich

ersuche diese Problematik gemeinsam anzugehen und bitte um die Mitarbeit - vor allem weil es dringend ist.

GR. Weidinger: Klarstellen möchte ich, dass es der 4. Oktober und nicht der 4. November war. An diesem Tag hatten wir Jour Fixe und dabei kündigte ich die Möglichkeit an. Es betrifft die Exekutive ebenso, denn wir haben relativ kurzfristig erfahren zwei Zivildienee weniger zu bekommen. Es muss uns auch wichtig sein generell alle Schulwege und Schulwegsicherungen anzusehen.

Klaus, du hast in der letzten Ausschusssitzung bereits angekündigt die VS 6 einer größeren Begutachtung zuzuführen. Das finde ich auch gut, weil die Grieskirchner Straße eine stark befahrene Straße ist. Gerade jetzt bei Dunkelheit und Nässe sind insbesondere Kinder sehr schwer wahrzunehmen. Wir wollen die Schulwege generell überprüfen, wo sind sie sicher, wo werden Investitionen benötigt.

Bisher gab es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Stadt Wels. Wir hatten immer sehr viele Schulwegsicherungen; durch Umbau und Umplanungen konnten einige davon wegfallen. Außerdem sind wir nach wie vor in den Schulen unterwegs und leisten hier tolle Arbeit auf dem Sektor der Schulwegsicherung. Mit dem Magistrat wird immer gut zusammengearbeitet, aber auf Gemeindestraßen ist niemals die Polizei zuständig sondern immer die Gemeinde. Das wissen alle. Weil es immer so gewesen ist, wurde es von uns gemacht.

Was jetzt passiert, kann ich nicht einschätzen. Wie geht es mit dem Verein von Herrn Plamberger weiter? Dieser leistet wirklich hervorragende Arbeit. Gibt es noch Schülerlotsen? Wie können wir uns ordentlich bei der Schulwegsicherung aufstellen? Nur zu sagen, wir haben keine Zivildienee mehr und was wollen wir jetzt tun, ist etwas zu kurz gegriffen und eine billige Ausrede. Wir müssen uns auch finanziell etwas überlegen, jeder hat tolle Ideen. Die Kollegin Mag. Schindler will die Polizeischüler dafür heranziehen, aber diese müssen erst einmal etwas lernen und sitzen in der Früh in der Schule.

Es bleiben Fragen offen, wie wohin wollen wir mit der Schulwegsicherung, wie soll diese in Zukunft aufgestellt sein? Verlassen wir uns nur auf die Zivildienee? Sollte das nicht funktionieren, bricht alles wieder weg? Hier müssen wir für die Zukunft etwas weiter blicken. Für uns ist die Schulwegsicherung und die Begutachtung aller Volksschulen wichtig bzw. wie und wo können wir umplanen, damit eine Schulwegsicherung wegfällt.

In der Statistik sind wir gut aufgestellt, Wels konnte in den letzten Jahren Gott sei Dank eine Null verzeichnen - darüber sind wir sehr froh. Daher müssen zuerst alle Schulwege überprüft werden, wo benötigen wir Investitionen in Licht, Kennzeichnung etc. und wie wird die Schulwegsicherung in Zukunft wirklich aufgestellt. Nach der StVO ist die Gemeinde dafür zuständig.

StR. Hoflehner: Ich möchte hier unmittelbar einsteigen, weil es genau das ist, was ich meine. Es sind verschiedene zeitliche Abläufe notwendig, weil eine Gesamtbesichtigung der unterschiedlichen Schulwege inkl. der Wege vom und zum Hort erforderlich ist - da bin ich vollkommen deiner Meinung. Das werden wir tun bzw. machen wir laufend. Wir haben in den Volksschulen der Vogelweide eine intensivere Geschichte laufen. Diese wird auf den ersten Blick nicht unbedingt bemerkt, aber als Verkehrsreferent merkt man das an den verärgerten Kommentaren zur Verlängerung der Busaufstellfläche in der Camillo-

Schulz-Straße. Dabei geht es nur darum eine bessere Sichtverbindung herzustellen. Es ist oft so banal, dass man es nicht glauben kann, aber es bewirkt etwas. Das machen wir bereits und werden wir weiter tun.

Auch die Kooperation mit der Polizei ist sehr gut. Wir müssen uns jetzt tatsächlich überlegen, wie wir mit den Aufgaben, die bisher offensichtlich von vielen nicht beachtet wurden, welche die Bundespolizei und Zivildienstler übernommen haben, in Zukunft umgehen werden. Hier haben wir einen zeitlichen Abstimmungsbedarf, um einen „Mangel“ auf den von uns zuständigen Gemeindestraßen baldmöglichst abzudecken.

StR. Reindl-Schwaighofer: Irgendwie bin ich als Schulreferent auch angesprochen. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass wir eine Diskussion auf organisatorischer und Planungsebene führen. Wir reden bei diesen zwei Schulen von 600 bis 700 Volksschulkindern, die innerhalb kurzer Zeit in der Früh eintreffen und in das Schulgebäude drängen. Ihr wisst genau, wie es vor der Schule zugeht und das wird noch durch den Zubringerdienst der Eltern verschärft. Dazu müssen mittlerweile Maßnahmen ergriffen werden, um das zu verhindern. Es wäre oft ganz sinnvoll, dass die Kinder vor Schulbeginn einige Meter zu Fuß gehen, als sozusagen von einem Lift in den nächsten einzusteigen.

Die Punkte bedürfen mehrerer Überlegungen. Zum einen haben wir die Situation, dass die Polizei dankenswerter Weise jetzt das noch macht, allerdings ist das keine Dauerlösung - so ungefähr habe ich es erfahren. Das ist gut so, aber das ist der Punkt, wo wir uns als Stadt überlegen sollten, ob wir nicht ersatzmäßig für ein paar Monate die Ordnungswache dafür einsetzen.

Wir haben mit diesem Antrag zumindest erreicht, dass jeder weiß um was es geht und wir hier ein Problem haben. Das Problem wird erst dann für alle erkenntlich, wenn etwas passiert. In den letzten Jahren hatten wir ein relativ lückenloses System und darum scheint diese Null in der Statistik auf - es ist glücklicherweise nichts passiert. Alle Personen mit Kinder und Enkelkinder wissen was es für Familien bedeutet, wenn gerade am Schulweg, der als sicher gelten sollte, etwas passiert.

Zum zweiten betrifft es die mittelfristige Planung, auch dazu wurde schon sehr viel gesagt. Es gehört hier wirklich Standort für Standort genau angesehen, ob mittelfristig Dinge planbar sind, wir diese ersatzweise machen und dadurch die Sicherheit erhöhen. Drittens hörten wir heute schon, dass die Schulwegpolizei aus ca. 80 Ehrenamtlichen besteht. Es ist sehr schwierig für solch einen dichten Dienst (sehr bald in der Früh, Einteilungen etc.) Freiwillige zu finden. Auch aus der Elternschaft können wir nicht wirklich aufschließen. Deshalb wird es notwendig sein Maßnahmen zu ergreifen, um diese tolle Einrichtung der Schulwegpolizei zu stärken und ihnen unter die Arme zu greifen, damit die Ehrenamtlichen durch eine bessere Gestaltung der Dienste mehr werden.

Dazu braucht es aber unseren Schulterschluss, weil wir das nur gemeinsam für unsere Kinder in der Stadt schaffen. Die Direktorinnen wurden per E-Mail darüber informiert, dass bei zwei Schulstandorten die Schulwegsicherung eingestellt wird. Das löste Unruhe aus und es wird unterschiedlich darauf reagiert. Ich möchte mich bei dir, liebe Daniela, sehr herzlich bedanken, dass du dich als Gemeinderätin, als Mutter mit diesem Thema

beschäftigt, es so konfrontativ aufbereitet hast und wir gemeinsam Unterstützung leisten können.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Prinzipiell erfuhren wir ungefähr Ende Oktober davon, dass die Polizei zukünftig die Schulwegpolizeipflichten nicht mehr übernehmen kann. StR. Hoflehner berichtete darüber auch im Stadtsenat. Es gab und gibt bisher keine offizielle Mitteilung der Polizei an die Stadt Wels. Es gab offensichtlich eine E-Mail an die Schulen. Ich habe StR. Reindl-Schwaighofer um Übermittlung dieses E-Mails ersucht, bisher war das aber noch nicht möglich, soll aber demnächst kommen. Damit hätten wir als Stadt Wels eine offizielle Stellungnahme.

Ich glaube, es ist auch zukünftig nicht notwendig, dass wir ein solch wichtiges Thema im Gemeinderat behandeln, um ein Problembewusstsein bei den Gemeinderäten hervorzurufen. Weil dieses Problembewusstsein – das ich jeden Gemeinderat zugestehe – haben wir auch so. Bevor dieses Thema im Gemeinderat behandelt wurde, kenne ich keinen Gemeinderat, der gesagt hätte, es ist kein Problem. Natürlich ist es ein Problem, deshalb hat sich der Stadtsenat schon das zweite Mal damit beschäftigt.

Wenn wir dazu übergehen, dass wir jedes Mal, wenn wir meinen ein Problem ist ein Problem, einen Antrag im Gemeinderat machen, dass das Problem ein Problem ist, dann behandeln wir nur mehr Probleme und keine Lösungen mehr. Aus meiner Sicht sollte der Weg daher umgekehrt sein. Tritt ein Problem auf - und das passiert ja jeden Tag -, dann gibt es eine Zuständigkeitsverteilung und der zuständige Referent sollte aus meiner Sicht ein, zwei, drei Lösungen erarbeiten. Braucht er dazu einen zweiten Referenten, wie den Finanz-, Personal- oder Umweltreferenten etc., so soll sich mit den Kollegen zusammengesprochen werden, um gemeinsame Lösungen für das Problem zu finden.

Im Gemeinderat werden dann jene Lösungen behandelt, auf die man sich politisch verständigte. So ist der normale Ablauf und ich möchte dazu aufrufen diesen normalen Ablauf beizubehalten. Es ist durchaus etwas ungewöhnlich, dass die eigene SPÖ-Fraktion dem eigenen SPÖ-Referenten sagt, dass ein Problem ein Problem ist. Ich bin mir sicher StR. Hoflehner wusste schon vorher, dass es ein Problem gibt - dazu war ein derartiger Antrag nicht notwendig. Das möchte ich festhalten und bin nach wie vor der Meinung an den Lösungen zu arbeiten; natürlich gibt es dazu zahlreiche Möglichkeiten, wie die Einsetzung der Ordnungswache. Der Referent müsste Vorschläge bringen und fragen, ob ich damit einverstanden bin. An mich ist jedenfalls wegen der Problemlösung noch niemand herangetreten, geschweige denn, dass es einen Vorschlag gegeben hätte, wie dieses Problem tatsächlich gelöst werden könnte.

Ich weiß aber, der Sicherheitsreferent macht sich Gedanken zur Lösung des Problems. Es macht sich auch die ÖVP-Fraktion Gedanken darüber, wie das Problem zu lösen ist und ich bin mir sicher alle Fraktionen überlegen, wie sie dieses Problem sinnvoll lösen können. Aus meiner Sicht besteht die Arbeit der Politik darin Probleme zu lösen. Deswegen sollten wir die Lösungen in den Vordergrund rücken, wir sollten die Schulwegpolizei – herzlichen Dank an dieser Stelle – mit ins Boot holen. Es gibt sehr viele Möglichkeiten dieses Problem anzugehen und statt der Diskussion, ob ein Problem ein Problem ist, sollten wir lieber über mögliche Lösungen nachdenken, die wir dann im Gemeinderat beschließen sollten.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Wortmeldung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Schäfer, BSc: Der Herr Bürgermeister nahm es mir schon vorweg - für die FPÖ-Fraktion ist die Schulwegsicherung ein großes Anliegen. Deshalb werden wir dem vorliegenden Antrag heute sehr gerne zustimmen, wenn auch in leicht abgeänderter Form, da aus unserer Sicht tatsächlich hauptsächlich der Verkehrsreferent für dieses Thema zuständig ist. Ich bin mir sicher, er wird bei den anderen Referenten offene Türen vorfinden, wenn er eine Problemlösung bietet.

GR. KR. Schönberger: Herr Bürgermeister, du sagtest sehr richtig - der Verkehrsreferent ist zuständig. Ich als Gemeinderat weiß eigentlich nie genau, wann der Verkehrs- und wann der Sicherheitsreferent zuständig ist. Der Sicherheitsreferent – so kommt es mir vor – ist zuständig, wenn es um Fototermine geht, denn bei allen sich gut verkaufenden Sachen ist der Sicherheitsreferent zu finden. Geht es um den Straßenverkehr u.a., dann ist interessanter Weise StR. Klaus Hoflehner zuständig.

Es ist gut solche Dinge in den Gemeinderat zu bringen, denn wenn eine dementsprechende breite Masse dafür ist diese anzugehen, dann nehme ich an, dass er nicht nur die Unterstützung der anderen Referenten findet, sondern auch das notwendige Geld, um die dafür nötigen Dinge auch umsetzen zu können. Ein Schulwegkonzept gehört auf den Weg gebracht und hier gebe ich dem Kollegen Weidinger Recht, dass es nicht nur um die Schülerlotsen geht, sondern auch um die Schüler vor den Schulen.

Nachdem ich jeden Tag in der Wallerer Straße fahre stelle ich fest, dass das größte Problem vor den Schulen die Eltern sind, die ihre Kinder in die Schule bringen. Jeder glaubt er muss sein eigenes Kind mit dem eigenen Auto vor die Haustüre fahren. Auch diesem Thema muss man begegnen, wenn hier eine ordentliche Lösung gefunden werden soll. Deshalb benötigen wir dazu ein Konzept mit finanziellen Mitteln und ich bin daher froh, dass ihr zustimmt, damit der Verkehrsreferent die Mittel auch bekommt.

GR. Mag. Schindler: Ich möchte mich bei allen an der Diskussion beteiligten Kollegen für die Wortmeldungen bedanken und entnehme diesen, dass alle hinter der Dringlichkeit stehen und aktiv nach einer Lösung suchen. Ich befürworte natürlich, dass ein Gesamtplan für eine Schulwegsicherung angesprochen wird und Maßnahmen, die eine finanzielle Unterstützung benötigen, um eine optimale Schulwegsicherung ins Leben zu rufen. Mehrere Stadtsenatsmitglieder bestätigten, es war bereits Ende Oktober ein Thema, dass hier Not am Mann oder der Frau ist. Daher nehme ich mir als Gemeinderätin das Recht heraus einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, wenn bis zum 05.11.2019 keine Vorschläge aus der Stadtsenatsrunde kommen, die zu einer Lösung beitragen. Deshalb mein Antrag am 05.11.2019 zu diesem Thema.

Ich bedanke mich für den Input mit der Abänderung und freue mich bereits auf eine tatkräftige Mitarbeit aller, damit es zu einer langfristigen und nachhaltigen Lösung für die Schulwegsicherung kommt. Ich sehe das als klaren Auftrag und klare Unterstützung für unseren Stadtrat Klaus Hoflehner für die Umsetzung. Danke!

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 11) samt Abänderungsantrag (Anlage 12) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister bedankt sich herzlich für die Mitarbeit und erklärt diese Sitzung des Gemeinderates für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 04.02.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.